



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 650.143/6-V/2/90 ✓

An den  
Herrn  
Landeshauptmann von Niederösterreich

1010 W i e n

*W. G.*  
Amt der NÖ Landesregierung  
Poststelle

- 6. SEP. 1990

GK-6 (Ltg. 226/K-6) Beilagen  
Bearbeiter

*D.K.*

Stempel

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Zu K-6-1990 (Ltg.-226/K-6-1990)  
vom 12. Juli 1990

Betrifft: Gesetzesbeschluß des Niederösterreichischen Landtages  
vom 12. Juli 1990, über die Änderung des  
Niederösterreichischen Kurzparkzonenabgabegesetzes

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 4. September 1990  
beschlossen, der Kundmachung des im Betreff genannten  
Gesetzesbeschlusses gemäß Art. 98 Abs. 3 B-VG zuzustimmen.

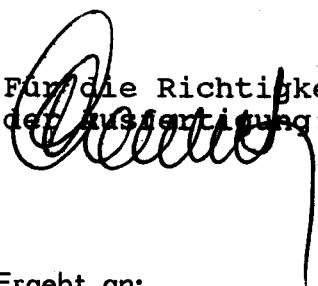
Unbeschadet der Erteilung der Zustimmung zur Kundmachung des  
Gesetzesbeschlusses besteht Anlaß zu folgender Bemerkung:

Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung, daß nach dem  
Wortlaut des Gesetzes Besitzer einer Ausnahmegewilligung gemäß  
§ 45 Abs. 4 StVO ex lege von der Entrichtung einer  
Kurzparkzonenabgabe nach dem Niederösterreichischen  
Kurzparkzonenabgabegesetzes 1987, LGBI. 3706-0 befreit sind,  
nimmt aber die in den Erläuterungen zum Ausdruck gebrachte  
Auffassung des Kommunal- Ausschusses des Landtages, der für die  
Auslegung des Gesetzes Bedeutung zukommen kann, zur Kenntnis.

Im übrigen wird neuerlich darauf verwiesen, daß es dringend notwendig wäre, die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes von der Mitwirkung an der Vollziehung dieses (Abgaben)Gesetzes zu entlasten.

5. September 1990  
Für den Bundeskanzler:  
SCHICK

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



-----

Ergeht an:

Herrn Landtagspräsident Franz ROMEDER

den Klub der Ö V P

den Klub der S P Ö

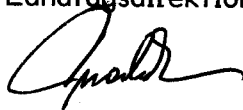
den Klub der F P Ö

die Abteilung II/1

die LAD - Verfassungsdienst

mit dem Ersuchen um gef. Kenntnisnahme.

6. September 1990.  
Die Landtagsdirektion:



(Dworschák)

WILHELM